

5. Interpellation von Stephan Tobler vom 14. Juni 2017 "Wie weiter mit der Fachhochschule Ostschweiz (FHO)?" (16/IN 14/122)

Beantwortung

Präsidentin: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Der Interpellant hat das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Tobler, SVP: Ich danke dem Regierungsrat für die sehr rasche Beantwortung meiner Interpellation. Ich weiss nicht, wie ich dies interpretieren soll: Ist das Thema so wichtig, dass es dringend auf die Traktandenliste muss oder ist es ein Thema, welches der Regierungsrat möglichst rasch vom Tisch haben will? Sehr speziell ist auch der Hinweis des Regierungsrates im letzten Abschnitt seiner Antwort, dass die Diskussion einen geeigneten Rahmen zur politischen Meinungsäusserung des Parlamentes biete. Weil auch noch Fragen offen sind, **beantrage** ich Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Tobler, SVP: Wahrscheinlich ist es ein Zufall, dass gerade heute das Präsidium des St. Galler Kantonsrates auf der Tribüne weilt. Heute Morgen habe ich die Medienmitteilung des Informationsdienstes der Staatskanzlei erhalten. Sie trägt den Titel: "Kantone Thurgau und St. Gallen: In Bern besser gehört werden". Darin heisst es: "Im Zentrum des jährlichen Treffens zwischen der Thurgauer und der St. Galler Regierung standen auch dieses Mal kantonsübergreifende Projekte. Aber auch gegen aussen wollen die beiden Kantone ihre Interessen vermehrt gemeinsam vertreten." Genau das erwarte ich von den beiden Regierungen. Verhandlungsgegenstand ist das grundsätzliche Konstrukt der Fachhochschule Ostschweiz (FHO). Die "Geschichte" ist noch nicht zu Ende gedacht. Am 17. August fand die erste und am 21. August die zweite Kommissionssitzung statt. Wenn alles nach Plan läuft, wird die Vorlage am 19. September im eidgenössischen Parlament in 1. Lesung beraten. Die 2. Lesung sowie die Schlussabstimmung finden Mitte November statt. Meines Erachtens ist unsere Diskussion terminlich gerade richtig. Die Ostschweiz hat in den vergangenen Jahren im Verhältnis zu anderen Regionen an wirtschaftlicher Attraktivität und Kraft verloren. Werden wir so noch mehr vom Rest der Schweiz abgehängt? Dies zeigt sich in einer unterdurchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung über die gesamte Ostschweiz, an der Beschäftigung in der Ostschweiz, den Exporten aus der Ostschweiz und vor allem an der Steuerbasis beziehungsweise der Steuerkraft im Verhältnis zu anderen Regionen. Der relative Bedeutungsverlust gilt auch für den Fachhochschulbereich. Damit verbunden ist ein "Brain-Drain". Junge Erwachsene verlassen die Ostschweiz zur höheren Ausbildung und kommen nicht mehr zurück. Ich erlebte dies persönlich mit meiner Tochter. Sie lebt heute in

Zürich. Ebenfalls haben ehemalige Lernende aus meinem Betrieb in Winterthur studiert, und sie sind dort geblieben. Es ist wenig überzeugend, wenn der Regierungsrat angesichts dieser Herausforderungen zur künftigen Organisation der Fachhochschule Ostschweiz regionalpolitische Überlegungen stärker gewichtet als wirtschafts- oder hochschulpolitische Bedürfnisse. Fragwürdig ist auch die durch den Regierungsrat vertretene Überzeugung, dass die Führung von drei Teilhochschulen operativ schwierig sei. Der Kanton Zürich beweist heute das Gegenteil. In einem ersten Schritt fusionierte er 17 verschiedene Einzelschulen zu acht Hochschulen. 2007 entstand aus der Fusion der Zürcher Hochschule Winterthur, der Hochschule für angewandte Psychologie und der Hochschule für soziale Arbeit die ZHAW, die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, mit drei Standorten in Winterthur, Zürich und Wädenswil. Deshalb ist die Fachhochschule heute derart attraktiv, und viele wollen ihr Studium dort absolvieren. Die ZHAW ist für die Abwanderung von Studenten aus der Ostschweiz verantwortlich. Ein Grund für den Bedeutungsverlust der Ostschweizer Fachhochschulen liegt im Umstand, dass die Bildungsangebote in den einzelnen Fachhochschulen politisch und nicht mit Blick auf die Bedürfnisse der Studenten und der Wirtschaft definiert werden. Hier ist die Wirtschaft zu berücksichtigen und beizuziehen. Mit Blick auf die Zukunft des Oberthurgaus ist es beispielsweise entscheidend, dass die Informatikausbildung an der Fachhochschule St. Gallen ausgebaut wird. Es wäre fatal, wenn dieser Studiengang im Wettbewerb nach Rapperswil verschoben würde. Der entsprechende Alleingang würde auch den Kanton Thurgau als Träger einer fusionierten Fachhochschule Ostschweiz mit Standorten in St. Gallen und Buchs zusätzlich belasten. Der Restkostenbeitrag des Kantons Thurgau beträgt heute 1,69 Millionen Franken. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich bei der Fusion der beiden Hochschulen daran nichts ändert. Für diesen Betrag erhält der Kanton Thurgau auch in Zukunft ein ordentliches Mitspracherecht in der Entwicklung der FHO. Aus Oberthurgauer Sicht ist nicht nachvollziehbar, weshalb auf dieses Mitwirkungsrecht verzichtet werden soll. In einer zweiten Phase, wahrscheinlich nächstes Jahr, wird das Konkordat unter den beteiligten Ostschweizer Kantonen ausgearbeitet. Es liegt an unserem Regierungsrat, sich für genügende Mitsprache im Fachhochschulrat einzusetzen. Meines Erachtens ist Verhandlungsspielraum vorhanden. Jedenfalls habe ich entsprechende Signale erhalten. Allerdings habe ich auch Verständnis, wenn jene, welche den grössten finanziellen Beitrag an die FHO leisten, am meisten zu sagen haben. Ich kann das Prinzip nachvollziehen: "Wer zahlt, befiehlt." Seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Fachhochschulen (Fachhochschulgesetz) 1995 hat sich die Fachhochschul-Landschaft stürmisch entwickelt. Mit Ausnahme der sehr gut aufgestellten Pädagogischen Hochschule Thurgau - dies darf man heute sagen und den Regierungsrat dafür loben - ist die Entwicklung weitgehend am Kanton Thurgau vorbeigegangen. Statt defensiver Abwehrstrategien gegenüber Veränderungen bei der FHO ist es sinnvoller, wenn sich der Thurgauer Regierungsrat innerhalb der Fachhochschule dafür einsetzt, dass eine nächste bauliche oder mindestens betriebliche Erweiterung im

Kanton Thurgau realisiert wird. Der Rektor der Fachhochschule St. Gallen wie auch die St. Galler Politik haben hierzu bereits positive Signale gesendet. Ich ersuche den Regierungsrat vor allem auch namens des östlichen Teils des Thurgaus, sich aktiv und engagiert für die Weiterentwicklung und Sicherung der Fachhochschule Ostschweiz einzusetzen.

Martin, SVP: Es geht hier nicht um eine bildungspolitische Frage, sondern um eine Frage des Zusammenlebens in der Ostschweiz und dem, was wir als Ostschweiz definieren. In wenigen Wochen sind wir wieder einmal Gastkanton an der OLMA, der Schweizer Messe für Landwirtschaft und Ernährung; eine tolle Sache. Wir sind der Lieblingskanton der St. Galler. Kein anderer Kanton war dort so oft zu Gast. Wir lassen uns in St. Gallen gerne feiern und nehmen am Umzug teil. Wenn es aber hart auf hart kommt, sind wir nicht gleicher Auffassung. Ich lobe nicht immer die Westschweiz, im Gegenteil. Bei der Frage der Fachhochschulen schauen wir aber in die Westschweiz. Die Kantone sind sauber organisiert. Sie haben ein Konkordat abgeschlossen und regeln alles einvernehmlich. Bei uns gibt es zwei Regierungen, die unterschiedlicher Auffassung sind, obwohl sie hoffentlich dasselbe Ziel verfolgen, nämlich die Stärkung der FHO. Jene Regierung, welche drei Fachhochschulen beherbergt, sagt, wo es lang geht. Sie lässt sich von den anderen nicht dreinreden. Die anderen Regierungen, denn es ist nicht nur die thurgauische Regierung, haben heute viel Mitspracherecht. Im neuen Gebilde hätten diese etwas weniger Mitsprache, weil es grösser würde. Deshalb verlangen wir bezüglich des Standorts, dass er so organisiert wird, wie wir wollen. Diese Konfliktlinie hat wenig mit Bildungspolitik zu tun. Das ist schade und wirft die Frage auf, ob die ostschweizerische Zusammenarbeit nur dann funktioniert, wenn wir sie bejammern müssen, dass wir wieder keine Vertretung im Bundesrat hatten oder ob sie auch dann funktioniert, wenn wir etwas aktiv erreichen müssen. Ich habe meine Zweifel, weil es ein paar Beispiele gibt: 1. Die Pädagogische Hochschule Thurgau ist ein Erfolgsmodell und baut einen Studiengang zur Sekundarlehrerausbildung aus. Diesen gab es in St. Gallen bereits. 2. St. Galler Patienten werden für verschiedene Eingriffe nach Zürich anstatt beispielsweise nach Kreuzlingen geschickt. Bei den Fachhochschulen hoffe ich sehr, und ich appelliere an beide Regierungen, dass wir im Sinne der Ostschweiz eine Lösung erzielen. Wer schliesslich recht hat, weiss ich nicht. Heute gehen die meisten Studenten aus dem Thurgau nach Winterthur oder Zürich. Es sind etwa zehnmal mehr als jene, die nach St. Gallen gehen. Leider, muss ich sagen. Ich bitte die jeweiligen Regierungen, etwas überregional und daran zu denken, dass sie nicht 100% erreichen müssen. Sie sollten zusammen eine gute Lösung finden. Ich hoffe sehr, dass die kommende OLMA und der gemütliche Umtrunk danach die guten Lösungen vielleicht vereinfachen können.

Lagler, CVP/EVP: Weshalb müssen wir überhaupt über eine neue Struktur der FHO sprechen? Dies erfolgt aufgrund neuer Akkreditierungsrichtlinien. Es stellt sich die Frage,

wer diese initiiert hat. Da kommen wir auf die EDK, die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, zu sprechen. Spätestens hier beisst sich die Katze etwas in den Schwanz. An dieser Stelle appelliere ich an die EDK: Etwas weniger Aktivismus wäre für eine reduzierte Regulierungsdichte vorteilhaft. Dem Büro gebührt eine Gratulation für die Geschäftsplanung. Eine Behandlung dieses Geschäftes unter Beobachtung der St. Galler Gäste ist eine organisatorische Meisterleistung. Die CVP/EVP-Fraktion hat denn auch eine Botschaft an die werten Gäste aus St. Gallen sowie an unseren Regierungsrat: Das Bedürfnis und Interesse des Kantons Thurgau und insbesondere des Oberthurgaus an einer starken Hochschullandschaft Ostschweiz oder St. Gallen ist ebenso gross wie offensichtlich. Das Interesse besteht jedoch unabhängig der Struktur und Organisation der Fachhochschulen. Die CVP/EVP-Fraktion findet es richtig und bittet den Regierungsrat explizit, dass er ein gutes Fachhochschul-Angebot in der Ostschweiz sicherstellt. Dass der Thurgauer Regierungsrat in diesem Zusammenhang nach den dafür am besten geeigneten Strukturen sucht, ist legitim. Es kann durchaus sein, dass aus einer betrieblichen oder bildnerischen Sicht die Vereinigung aller drei Fachhochschulen unter einem gemeinsamen Dach richtig ist. Aus Sicht der Einflussnahme und Interessenvertretung ist es aber auch möglich, dass das "Modell 2+1" zielführender ist. Meines Erachtens sollten wir dem Regierungsrat die Freiheit lassen, die Interessen des Thurgaus nach bestem Wissen und Gewissen hier zu vertreten. Wir haben Vertrauen, dass er dies auch tun wird. Botschaft an unsere St. Galler Kolleginnen und Kollegen: Egal, ob in ein Gesetz gegossen, ob in einem Konkordat vereinbart, ob drei Fachhochschulen unter einem Dach oder ein "Modell 2+1": Eine zielführende attraktive Angebotsgestaltung ist weniger von der Struktur, als vielmehr von der Haltung und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit unter den Beteiligten abhängig. Dass hier den St. Gallern, insbesondere dem Regierungsrat und dem Bildungsdirektor Stefan Kölliker aufgrund der Grösse und der Rolle des Kantons St. Gallen eine Schlüsselbedeutung zukommt, ist offensichtlich. Wenn nun die Randkantone, wie gehört ist dies nicht nur der Thurgau, unisono ihre Bedenken äussern, ob sie je nach Modell noch gehört werden, zeigt mir dies, dass das Vertrauen in die Dialogbereitschaft des "Primus inter non pares" nicht sehr gross ist. Die CVP/EVP-Fraktion ist davon überzeugt, dass gute Lösungen im Angebot der Fachhochschule Ostschweiz nur im Dialog zustande kommen. Ich bitte die St. Galler, den Dialog für die Thurgauer Bedürfnisse mit Empathie und auf Augenhöhe zu führen. Dann kommt es gut.

Hasler, FDP: Die aktuelle FHO ist ein Verbund von vier Fachhochschulen mit einzelnen Trägerschaften und daher selbständigen Fachhochschulen. Diese Organisationsform ist für eine institutionelle Akkreditierung nicht genügend. Dies wurde bereits erwähnt. Um auch nach dem Jahr 2022 seitens des Bundes Gelder zu erhalten, ist sie jedoch zwingend notwendig. Der Regierungsrat betont in seiner Beantwortung, dass das aktuelle Modell nicht zukunftsfähig sei. Die FDP-Fraktion stützt diese Aussage. Zudem unterstüt-

zen wir mit Nachdruck den Vorschlag, bei welchem sich jeweils nur zwei Hochschulen zusammenschliessen sollen und somit zwei Trägerschaften gebildet werden. Unser Interesse liegt hier beim Zusammenschluss von St. Gallen und Buchs. Dieses Modell würde den Kanton Thurgau in der Rolle als Mitträger aus regionalpolitischer Sicht sicher stärken. Das heisst, wir hätten mit mehr Sitzen im Hochschulrat auch definitiv mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Zudem nimmt die Fachhochschule in St. Gallen, welche für den Kanton Thurgau als wichtigster der vier Standorte gilt, eine wichtige Rolle in der Organisationsform ein. Die FDP-Fraktion bittet den Regierungsrat daher, sich in der Frage der Mitträgerschaft als interessierter Partner noch mehr zu engagieren und sich für eine Lösung stark zu machen, in welcher die Rolle des Kantons Thurgau mitbestimmend und die Einflussnahme vorhanden ist. Wir sind der Meinung, dass eine mögliche Abspaltung einzelner Studiengänge in eine Ortschaft im Thurgau anzustreben ist. Dies würde bedeuten, dass auch im Thurgau gewisse Studiengänge absolviert werden können. Aktuell studieren mehr Thurgauerinnen und Thurgauer an der ZHAW in Winterthur als an der Fachhochschule in St. Gallen. Dies hauptsächlich aufgrund der besseren Erreichbarkeit und weil das Angebot der ZHAW fachlich sehr breit aufgestellt ist. Durch ein Standbein im Thurgau könnte diese Abwanderung in den Kanton Zürich bestimmt wesentlich reduziert werden. Zudem wäre es ein wichtiger und unseres Erachtens richtiger Schritt, um die wirtschaftliche Bedeutung des Thurgaus und damit der Ostschweiz zu stärken. Ich hoffe, dass wir in dieser Frage zusammen mit dem Kanton St. Gallen einen guten Konsens finden werden.

Huber, GLP/BDP: Die GLP/BDP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die zwar in Rekordzeit erstellte, aber doch recht ausführlich abgefasste Beantwortung der Interpellation. Der Regierungsrat betont im Schlussabschnitt seiner Stellungnahme, dass unser Parlament zum Umsetzungsprozess nichts zu sagen habe, diesen also nicht beeinflussen könne, gesteht uns dann aber immerhin zu, dass die Diskussion der Interpellation in unserem Rat der geeignete Rahmen zur politischen Meinungsäusserung biete. Vielen Dank für das Zugeständnis, welches im Vorfeld der Diskussionen im St. Galler Parlament und mit der heutigen Anwesenheit des Präsidiums des St. Galler Grossen Rates noch an Bedeutung gewinnt. Wie schon verschiedentlich festgehalten, ist die Beantwortung des Regierungsrates ausführlich und fundiert, aber nur auf den ersten Blick. Schaut man genauer hin, bleibt der Regierungsrat in verschiedenen Belangen eher vage. Ist der Thurgau angesichts der Führungsrolle des Kantons St. Gallen bestenfalls Trittbrettfahrer? Inwieweit berücksichtigte die Analyse der "econcept AG" auch die Anliegen und Bedürfnisse der mitinvolvierten Nicht-Standort-Kantone? Welches Szenario sieht der Thurgauer Regierungsrat bei einer Umsetzung des Strukturmodells A? Berücksichtigt das Strukturmodell C auch die Tatsache, dass angesichts beschränkter Finanzen vorhandene Kompetenzen zu bündeln wären und Doppelspurigkeiten abzubauen sind? Kann der Standort St. Gallen mit seiner hervorragenden Informatikausbildung beim

Strukturmodell C und der Abkoppelung der Hochschule für Technik Rapperswil den Ressourcen-Verlust im IT-Bereich künftig ausgleichen? Die Bedeutung der Fachhochschulen als Bildungsinstitutionen, die unmittelbar mit der Wirtschaft verbunden sind, ist für uns unbestritten. Die Entwicklung der Fachhochschule im Kanton St. Gallen tangiert daher auch die Entwicklung der Ostschweizer Wirtschaft, also auch diejenige unseres Kantons. Eine am Bildungsmarkt gut verankerte Fachhochschule ist nicht zuletzt für die Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung unserer kleinen und mittleren Unternehmen essentiell. Insofern ist auch die Beteiligung des Thurgaus an der Trägerschaft der FHO von grosser Bedeutung. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn die Frage ansteht, ob die FHO in einem Konkordat weitergeführt werden kann oder ob sie kantonalisiert wird und die Anrainerkantone das Mitspracherecht verlieren und zu reinen Kostenträgern werden. Immerhin haben sich auch die Kantone Appenzell Innerrhoden und Schwyz für ein interkantonales Konkordat ausgesprochen. Allerdings bleibt die Frage offen, ob diese Zustimmung mit der einzigen und alleinigen Umsetzung des Strukturmodells C verknüpft ist. Welche Signale sind aktuell aus den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Glarus sowie dem Fürstentum Liechtenstein zu empfangen? Vielleicht kann uns die zuständige Regierungsrätin hierzu noch "updaten". Zur Frage 1 des Interpellanten legt der Regierungsrat seine fordernde Haltung hinsichtlich einer echten Partnerschaft mit qualifiziertem Mitbestimmungsrecht gegenüber dem Kanton St. Gallen dar. Diese Haltung wird von unserer Fraktion grundsätzlich gestützt und wir hoffen, dass dies auch der Haltung der grossen Mehrheit unseres Parlaments entspricht. Die Frage 2 wird mit der eindeutigen Favourisierung des Strukturmodells C beantwortet. In den St. Galler Hochschulgefilen scheint jedoch das Strukturmodell A bevorzugt zu sein. Hier eine weitere Frage an die zuständige Departementschefin: Welche Vorgehensweise plant der Thurgauer Regierungsrat, wenn der St. Galler Regierungsrat von seinem Kantonsparlament den Auftrag zur Umsetzung des Strukturmodells A erhält? Die Frage 3 der Interpellation wird vom Regierungsrat mit einer klaren Auslegung der thurgauischen Sichtweise beantwortet. Meine weiteren Fragen: Welche anderen Fachhochschulen werden vom Kanton Thurgau auf der Basis einer Interkantonalen Vereinbarung unterstützt und welche Erfahrungen resultieren bisher aus diesen Anteilen der Rechtsträgerschaften? Wie ist dort das Mitspracherecht des Thurgaus geregelt und welche Einflussnahme hat der Thurgau tatsächlich? In welchen Bereichen und Belangen? Kann der Kanton Thurgau zusammen mit den anderen Trägerkantonen darauf hinwirken, dass der Hochschulrat auch künftig aus maximal 13 Vertretungen besteht und somit die St. Galler Mehrheitsbesetzung mit acht von 15 Sitzen umgangen werden kann? Oder ist der Kanton St. Gallen bei einer Mehrheitsbesetzung mit acht von 15 Sitzen auch entsprechend bereit, die von Fachleuten bereits angekündigten Mehrkosten im gleichen proportionalen Umfang zu tragen? Die GLP/BDP-Fraktion ist gespannt, wie unser Regierungsrat die Interessen unseres Kantons vertreten wird. Ich bedanke mich bei Regierungsrätin Monika Knill im Voraus für die Beantwortung meiner Fragen.

Brägger, GP: "Drei Standorte, eine Trägerschaft. Eine starke Fachhochschule für eine starke Wirtschaft." So der Titel der Medienmitteilung der St. Galler Staatskanzlei vom 1. Juni 2017. Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen will die drei Fachhochschulen im Kanton St. Gallen in eine einheitliche interkantonale beziehungsweise interstaatliche Trägerschaft zusammenführen. Dies unter Beibehaltung der Standorte Buchs, Rapperswil und St. Gallen. Zur Rolle und Bedeutung des Fachhochschul-Verbunds für den Kanton Thurgau hat der Interpellant dem Regierungsrat einige Fragen zu seiner Haltung gestellt, welche bekanntlich überraschend rasch beantwortet wurden. In seiner Beantwortung betont der Regierungsrat die eminente Bedeutung der FHO für den Kanton Thurgau. Offen bleibt, ob er auch die herausragende Bedeutung der FHO insbesondere für den Oberthurgau erkennt. Denn dessen sollten wir uns bewusst sein. Der Kanton Thurgau hat als Randkanton ein vitales Interesse an starken Fachhochschulen und der Oberthurgau als Randgebiet innerhalb eines Randkantons umso mehr. Daran sollte auch nichts ändern, dass an der ZHAW viermal mehr junge Leute aus dem Thurgau studieren als an der Fachhochschule St. Gallen. Welche Form der Trägerschaft die beste ist, das heisst, in welcher Form einerseits die FHO als ziemlich kleiner Fisch in den Gewässern der Schweizer Hochschullandschaft am besten gestärkt werden kann und andererseits in welcher Organisationsform der Thurgau am wirkungsvollsten seine Interessen einbringt, darüber gehen die Meinungen bekanntlich auseinander. Das durch den St. Galler Regierungsrat in Auftrag gegebene Gutachten der "econcept AG" kommt zum Schluss, dass ein Zusammenschluss aller drei Fachhochschulen St. Gallen, Rapperswil und Buchs langfristig die besten politischen Perspektiven hat, währenddem der Thurgauer Regierungsrat ein Modell bevorzugt, bei welchem St. Gallen und Buchs zusammengeführt werden und Rapperswil eine eigene Trägerschaft erhalten soll. Seine Haltung begründet der Thurgauer Regierungsrat regionalpolitisch damit, dass in dem von ihm bevorzugten Modell C mit dem Zusammenschluss von St. Gallen und Buchs die Interessen des Thurgaus allgemein und die Mitsprache des Thurgaus im Besonderen besser gewährleistet seien. Ausserdem beurteilt er die operative Führung von drei gegenüber zwei Fachhochschulen als schwieriger. Dies dürfte nicht ganz von der Hand zu weisen sein. Allerdings bleibt die Frage offen, ob nicht andere Gründe schwerer wiegen beziehungsweise eine interkantonale Vereinbarung für die drei Standorte der ostschweizerischen höheren Bildungslandschaft mehr Gewicht verleihen würde. In seiner Antwort zu Frage 3 bekennt sich der Regierungsrat nämlich ausdrücklich zu einer gemeinsamen Trägerschaft mehrerer Kantone an einer Fachhochschule, indem eine solche in der Schweizer Hochschulpolitik mehr Gewicht hätte, um sich dann im nächsten Satz aber doch für das Strukturmodell C ohne Rapperswil auszusprechen. Müsste, gerade um den Fachhochschulverbund Ostschweiz gegenüber den übermächtigen "Züricher Player" zu stärken, nicht auch Rapperswil ins Boot geholt werden? Hätte eine Trägerschaft St. Gallen - Buchs - Rapperswil unter einem gemeinsamen Dach einerseits nicht nur mehr regionalpolitisches Gewicht, und würden andererseits die Bildungschancen für den Thurgau, insbesondere

für den Oberthurgau, deutlich und nachhaltig stärken? Zu dem ins Spiel gebrachten möglichen Standort einer FHO im Thurgau: Schön wäre es. Bis dahin wäre es ohnehin ein sehr weiter Weg. Dieser führt, und darin sind sich die Grünen einig, über ein vorbehaltloses Bekenntnis des Thurgauer Regierungsrates zur Fachhochschule Ostschweiz. Eigentlich würde es Sinn machen, die Resultate der Verhandlungen des St. Galler Kantonsrates abzuwarten. Muss man den Verdacht hegen, dass unser Regierungsrat das Geschäft möglichst schnell durch den Rat schleusen möchte, um anschliessend freie Hand zu haben? Oder aber: Unser Regierungsrat möchte unsere parlamentarische Meinung einholen, um anschliessend ausreichend fundiert richtig entscheiden zu können. Wie auch immer. Ich hoffe, dass die zuständige Departementsvorsteherin einen möglichen leisen Argwohn umgehend zerstreuen kann.

Hugentobler, SP: Wir danken dem Interpellanten für seine Fragen und dem Regierungsrat für deren Beantwortung. Die SP-Fraktion unterstützt den Regierungsrat in seiner Haltung. Auch wir sehen die Wichtigkeit des Bildungsstandorts Ostschweiz und die Notwendigkeit eines gemeinsamen Auftretens der Kantone. Und wir sind davon überzeugt, dass der Thurgau in dieser Sache sowohl Solidarität als auch eigenständige Stärke beweisen kann. Wir sehen erfreut, dass der Regierungsrat den Stellenwert der FHO und die Wichtigkeit für die Studenten und für die Wirtschaft, welche von der FHO profitieren können, erkennt. Alarmglocken leuchten bei uns, wenn das Sparpotenzial ausgeleuchtet wird. Wir warnen vor kurzsichtigen Überlegungen im Zusammenhang mit der Leistungsüberprüfung "LÜP2". Dies würde den Bildungsstandort Thurgau schwächen. In seiner Antwort schreibt der Regierungsrat: "Auch wenn der Grosse Rat in den weiteren Prozess nicht mit einbezogen werden sollte, bietet die Diskussion dieser Interpellation einen geeigneten Rahmen zur politischen Meinungsäusserung des Parlaments. Damit kann das weitere Vorgehen politisch noch breiter abgestützt werden." Die SP-Fraktion stützt dem Regierungsrat den Rücken, wenn er die Variante C weiterverfolgt. Wir wünschen dem Regierungsrat bei den Verhandlungen eine glückliche Hand und schliesslich einen klugen Entscheid zugunsten des Bildungsstandorts Thurgau. Wir hätten kein Verständnis dafür, wenn sich der Kanton Thurgau zurückziehen oder aus finanziellen Gründen einem neuen Konstrukt nicht beitreten würde. Unser Wunsch an den Regierungsrat: Bleiben Sie dran.

Marlise Bornhauser, EDU: Nach dem kommenden neuen Hochschulrecht erfüllt die Fachhochschule Ostschweiz die Voraussetzung für eine institutionelle Akkreditierung nicht mehr. Anpassungen sind nötig. Der Kanton Thurgau als einer der Trägerkantone der Hochschule für Angewandte Wissenschaften St. Gallen (FHS) sollte im Entscheidungsprozess mittendrin sein. Bereits im Jahr 2015 hat der Kanton St. Gallen als Standortkanton drei der vier heutigen Fachhochschulen einen Projektauftrag zur Neustrukturierung im Kanton St. Gallen erteilt. Am 6. Juni 2016 hat der Kantonsrat des Kantons

St. Gallen seinen Regierungsrat beauftragt, auf drei mögliche Strukturmodelle einzugehen. Der St. Galler Regierungsrat hat der Firma "econcept AG" in Zürich den Auftrag für ein externes Gutachten erteilt. Das umfassende Gutachten liegt seit Februar 2017 vor. Die parlamentarische Beratung im Kanton St. Gallen ist derzeit im Gange. Für den Kanton Thurgau ist eine Weiterführung der Trägerschaft eminent wichtig. Die regionale Verankerung mit einer Vielfalt an Studienangeboten nützt dem Wirtschaftsstandort Thurgau. Eine Interkantonale Vereinbarung ist zu favorisieren, und unser Regierungsrat ist gefordert, Interesse anzumelden, um den Willen für eine weitere produktive Zusammenarbeit zu zeigen. Das Strukturmodell C, der Zusammenschluss der Hochschule für Technik in Buchs und der FHS St. Gallen ist aufgrund der Regionalität vorzuziehen. Mit grossem Interesse verfolgen wir nun die weiteren Schritte des Regierungsrates. Gespannt erwarten wir den Beschluss des Kantonsrates des Kantons St. Gallen.

Ammann, GLP/BDP: Ich danke dem Interpellanten für den Vorstoss und dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung. Nur ein Schelm fragt sich, weshalb die Beantwortung so rasch erfolgte. Meines Erachtens gibt es dafür gute Gründe, und ich gratuliere dazu. Zudem erhalten wir die Gelegenheit, dem Regierungsrat den Rücken zu stärken, aber auch Handlungsempfehlungen mitzugeben, welche in der Erarbeitung der Interkantonalen Vereinbarung noch einfließen können. Die Strategie des Kantons Thurgau, auf die Variante der zwei institutionellen akkreditierten Fachhochschulen St. Gallen und Buchs unter dem Titel der FHO und dem Linthgebiet in Rapperswil mit eigenständiger Trägerschaft zu setzen, ist nachzuvollziehen. Die Variante C hat Vorteile, und sie ist im Sinne des Kantons. Die anderen Fachhochschul-Landschaften, insbesondere die Nordostschweiz wie auch der Kanton Zürich, bleiben deutlich besser aufgestellt. Dies gilt es, zu berücksichtigen. Es ist deshalb absolut nachzuvollziehen, dass die Gutachter der "econcept AG" einen Zusammenschluss der drei verbleibenden Fachhochschulen präferieren. Damit wäre das Gewicht am grössten. Ich verneine dies auch nicht. Gemeinsam ist das Gewicht mit der Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) zusätzlich jedoch nicht viel stärker als ohne diese. Im Gegenteil: Ein Zusammenschluss von drei "Platzhirschen" bindet lange Zeit mehr Energie und Beschäftigung nach innen, als dass dieser letztlich Kräfte für die FHO freimacht. Falls die alleinige Akkreditierung der HRS, das Modell C, keine Wirkung erzielt und der regionalpolitische Gewinn für die St. Galler zu gering wäre, kann der Kanton St. Gallen auf das Modell A umschwenken. Mit dieser Lösung kann dem Linthgebiet kantonsschulfrei aus dem zentralen St. Gallen immer noch etwas gegeben und der Rücken gestärkt werden. Meines Erachtens ist die eigene Position C verhandlungsstrategisch so lange wie möglich zu vertreten und dafür zu lobbyieren. Deshalb ist es richtig, dass der Grosse Rat unseren Freunden im Kanton St. Gallen unsere Haltung in Richtung Variante C hier deutlich mitgibt. Diese Strategie hat durchaus Chancen, sofern sie regionalpolitisch geschickt aufgelegt wird. Ich glaube daran, dass dies aufgehen kann. Es stellt sich aber auch die Frage, was man als Verhandlungsergebnis

mitnehmen kann, falls es doch zur Lösung mit der Variante A kommt. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat hierzu Strategien in seinem "Verhandlungsköcher" bereithält. Schliesslich würden nur zwei Strategien übrigbleiben: das Akzeptieren der St. Galler Entscheidung nach dem Motto: "Vogel friss oder stirb" oder Bruch und Austritt aus dem Verbund der FHO. Keines von beiden darf das Ziel der Verhandlungen sein. Es gibt genügend Spielraum. Es lohnt sich, dass der Regierungsrat unsere Meinung als Parlament dazu einholt. Die Finanzen scheinen mir ein besonders wichtiger Aspekt zu sein. Meines Erachtens sind sie hier etwas untergegangen. Ich bedaure, dass in der sechsseitigen Antwort des Regierungsrates mit nur einem knappen Satz einfach davon ausgegangen wird, dass der Restkostensatz nicht mehr vorgesehen sei, sondern neu als Zuschlag in gleicher Höhe in die Interkantonale Vereinbarung übernommen werden soll. Das ist ein Fehler. Hier vergibt sich der Thurgau viel an Verhandlungseinfluss, der seinerseits mit dem schwindenden Einfluss im Hochschulrat durch den Regierungsrat von 23% mathematisch auf 13% beklagt wird. Es ist sinnvoller, die Zahlungen an Thurgauer Bedingungen zu knüpfen, welche wiederum, beispielsweise alle vier Jahre, in einem Leistungsauftrag überprüft werden können. Gerade bei einer Wahl der Strategie A, anstatt der durch den Thurgau favorisierten Lösung C, wäre eine Entkoppelung des Restkostensatzes mehr als wichtig. Selbst bei Variante C muss darauf hin gearbeitet werden, dass die Verhandlungsposition ausgeweitet wird. Die rund 1,6 Millionen oder auch einmal 2 Millionen Franken kann der Kanton Thurgau an Forschungsgebiete koppeln, beispielsweise im Oberthurgau, welche der Thurgauer Wirtschaft und dem Gewerbe besonders am Herzen liegen. Kommen die 2 Millionen Franken einfach in den grossen Topf, kann ich die Sorge verstehen, nur zwei von 15 Hochschulratsmitgliedern stellen zu können. Ich erachte es deshalb als äusserst günstigen Zeitpunkt, den Restkostenbeitrag jetzt verhandlungstechnisch geschickt einzusetzen. Es braucht keinen Austritt aus dem Verbund der FHO, aber eine klare Linie über die Verwendung der 2 Millionen Franken, welche der Kanton Thurgau einsetzt, um dadurch direkten Einfluss zu haben. Jede Fachhochschule ist erfreut, diese Mittel zu erreichen. Der Restbetrag ist verhandlungstechnisch legitim einzusetzen. Dies kann über Leistungsaufträge mit den uns naheliegenden Fachhochschulen St. Gallen und Buchs oder sogar mit einzelnen Instituten erreicht werden, welche dem Kanton Thurgau, der Wirtschaft wie auch den Regionen aus dem Oberthurgau direkt helfen. Dies ist kein Systemwechsel, sondern eine andere Behandlung, wie wir mit der FHO zusammenarbeiten können. Ich bin froh, dass ein Austritt heute kein Thema ist. Meines Erachtens ist dies ein wichtiges Zeichen an unsere Freunde aus St. Gallen. Wir sind nicht der Kanton Graubünden, welcher mit Chur Erfahrungen in der Fachhochschul-Landschaft hat. Wir sind aber auch nicht der Kanton Schaffhausen, welcher vollständig abgekoppelt ist. Die Lösung mit den hoffentlich nicht nur harten Verhandlungen in Kombination mit der Variante C bringt die beste Verhandlungsposition. Gelingt beides nicht, freue ich mich, dass bald die OLMA stattfindet und beide Regierungen ernsthaft über diese Thematik sprechen können. Die OLMA bietet eine gute Gelegenheit dazu. Die

Kantone sind nicht nur in der FHO Partner. Es macht Sinn, dass man sehr eng zusammenarbeitet. Ein Alleingang ist abzulehnen und bei guten Verhandlungen völlig unnötig. Es wäre auch kurzsichtig, die 2 Millionen Franken einsparen zu wollen. Ein gezielter Einsatz zum Wohle der Region und der Fachhochschul-Institute hilft, wenn möglich idealerweise auf Thurgauer Boden. Ich wünsche dem Regierungsrat ein gutes Verhandlungsgeschick und eine OLMA, die nicht von der Frage der Fachhochschule belastet ist.

Albrecht, SVP: Nach dem bunten Strauss akademischer Analysen nun die nüchterne Betrachtung eines Handwerkers. In der Funktion als regionaler Präsident der kleinen und mittleren Unternehmen, KMU Hinterthurgau, eingebettet zwischen St. Gallen und Zürich, liegt es mir besonders am Herzen, auch die geglückten Projekte darzustellen. So beispielsweise die Kantonsschule in Wil. Dort haben die beiden Kantone bereits einmal erfolgreich zusammengearbeitet. Ich darf an dieser Stelle den Entwicklungsschwerpunkt Wil West erwähnen, bei welchem beide Kantone sehr eng verbunden sind. Auch dort wäre eine Niederlassung der Fachhochschule St. Gallen denkbar und willkommen. Es geht nicht um das Verteilen, sondern um den Schulterschluss. Dazu fordere ich beide Regierungen wie auch die Räte auf. Es ist anschliessend ein Detail, ob ein Franken mehr oder weniger bezahlt wird. Es ist für die Ostschweiz wichtig, Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten zu können, egal, ob in St. Gallen, Buchs oder Rapperswil. Es ist wichtig, zukünftige Kadermitarbeiter und Fachkräfte hier ausbilden zu können. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie bleiben, ist wesentlich grösser, als wenn wir sie nach Zürich, Winterthur, Konstanz oder wo auch immer entsenden. Sie werden vermutlich dort Wurzeln fassen und uns in der Entwicklung der Ostschweiz fehlen. Die Attraktivität kann nur mit guten Basisangeboten, guten Weiterbildungsmöglichkeiten und hoher Lebensqualität gewinnen.

Regierungsrätin **Knill:** "Global denken, lokal handeln." Dies ist die Prämisse in den mehrjährigen Diskussionen und Debatten rund um eine neue Trägerschaft und die Ablösung der jetzigen Fachhochschule Ostschweiz seitens des Kantons Thurgau. Bei allen Vorstellungen und Stärkungen, welche im Raum stehen, müssen wir nüchtern betrachtet anerkennen, dass für die Studenten volle Freizügigkeit besteht. Sie wählen die Studienangebote nicht immer dort aus, wo der Weg am kürzesten ist, sondern dort, wo ihnen die Hochschule inhaltlich oder aufgrund der Spartenauswahl am besten entspricht. Somit können wir den "Brain-Drain" tatsächlich nur bescheiden aufhalten oder korrigierend eingreifen. Alle Mitträgerkantone der Ostschweiz haben dasselbe Ziel: Sie wollen starke Fachhochschulen in der Ostschweiz. Dieses Ziel vertreten wir gemeinsam. Die Differenzen liegen auf dem Weg zu diesem Ziel. Gewisse Vorstellungen unterscheiden sich. Seit bald zehn Jahren darf ich dem Fachhochschulrat der FHO angehören, dem derzeit auch noch die Kantone Schaffhausen und Graubünden angehören. Diese beiden Kantone werden einem neuen Hochschulverbund bekanntlich nicht mehr beitreten. In Graubün-

den hat man eine kantonale Lösung gefunden. Der Kanton Graubünden will integral selbst für die eigene Hochschule verantwortlich sein. Meine Erfahrung über die Jahre zeigt, dass es sehr aufwendig und sehr anspruchsvoll ist, eine kohärente Hochschulpolitik über acht Kantone und das Fürstentum Liechtenstein und künftig über sechs Kantone und das Fürstentum Liechtenstein sowie gemeinsame Verständigungen herbeizuführen, welche es möglich machen, das übergeordnete Ziel zu festigen oder zu erreichen. In der Vergangenheit sind wir in grundsätzlichen Fragen immer wieder angestossen. Dann nämlich, wenn regionalpolitische Effekte eine Diskussion oder einen Entscheid beeinflussen haben oder wenn beispielsweise eine Wirtschaftsregion darauf pochte, dass ein Studiengang in St. Gallen, Buchs oder Rapperswil angesiedelt ist. Hier sieht man, dass die Herausforderung sehr gross ist. Die Studie der "econcept AG" hat ebenfalls hervorgebracht, dass Schwierigkeiten bestehen und dass die Identifikation über alle Kantone hinweg zu einer komplexen Ausgangslage führen kann. Dies wird unter dem Titel der Interkantonalen Vereinbarung als Schwäche dargestellt. Der Thurgau kennt eine Tradition, welche wir hochhalten wollen: Wir wollen uns weiterhin für einen starken Fachhochschul-Standort St. Gallen engagieren, weil hier nicht nur die Tradition des Kantons Thurgau, sondern der Einbezug der Wirtschaft aus den Regionen heraus erfolgen kann und erfolgen muss. Der Thurgauer Hermann Bürgi hatte dort bereits einmal das Präsidium inne. Letztlich sind die Fachhochschulen massgeblich auf den wirtschaftlichen Einbezug angewiesen. Um die Ziele zu erreichen, braucht es die Politik und die Wirtschaft in einem richtigen Verhältnis. Ich möchte etwas näher auf den Weg eingehen, welchen der Regierungsrat des Kantons St. Gallen mit den Trägerschaften und dem Modell der Organisation eingeschlagen hat. Ich habe volles Verständnis dafür, dass der Standortkanton St. Gallen darauf hin arbeitet, seine drei Fachhochschulen St. Gallen, Buchs und Rapperswil näher zusammenzubringen und eine zentrale Führungsstruktur und den Lead beansprucht. Man könnte auch sagen: ein Raum, ein Chef. Es bleibt aber nicht bei einem Raum, wie dies beispielsweise die Kantone Zürich und Bern gemacht haben. Hier gibt es einen Raum, einen Chef, aber sieben zahlende Mitträger. Dieses Konstrukt führt zu den Diskussionen, welche wir noch zu führen haben. Ich habe mir erlaubt zu sagen, dass der Kanton Thurgau für eine durch die Mitträger finanzierte Kantonalisierung nicht bereitsteht. Wir wollen weiterhin über eine echte Mitwirkung verfügen, welche wir als angemessen betrachten. Der Regierungsrat hat die Interpellation so rasch beantwortet, weil die Antwort bereits parat war. Wir haben gegenüber dem Kanton St. Gallen bereits Stellung genommen. Der Kanton St. Gallen hat alle Mitträgerkantone dazu eingeladen, zu den vorgeschlagenen Modellfragen, zur Trägerschaft und zur Organisationsform Stellung zu nehmen. Als die Interpellation eingereicht wurde, mussten wir nicht mehr viel beifügen, weil die Antwort wie erwähnt bereits vorlag. Wir wussten, dass die Debatte im Kanton St. Gallen in diesem Herbst stattfindet. Wir stellten uns die Frage, ob der Kanton Thurgau abwarten sollte, was uns der Kantonsrat des Kantons St. Gallen mitgibt oder ob wir unsere Botschaft in die Debatten des Kantons St. Gallen senden sollen. Wir wissen,

dass der Kanton St. Gallen aufgrund des Postulats den Lead führt, und die Würdigung sowie die Modellfragen und alles, was damit verbunden ist, vornimmt. Wir erachten es hoffentlich als Gewinn, dass die Parlamentarier des Kantons St. Gallen hören, was wir Thurgauer denken. Dies ist heute bereits erfolgt. Das Motto der OLMA lautet: "De Leu isch los." Manchmal erstaunt es etwas, dass aus den Reihen des Grossen Rates des Kantons Thurgau das Selbstbewusstsein unseres Kantons teilweise hinterfragt wird. Man müsse die Ostschweiz als Ganzes, als grosse Prämisse, im Vordergrund halten. Dies wird auch unsererseits nicht ausgeschlossen. Es wäre gut, wenn der Kanton Thurgau etwas selbstbewusster ist. In dieser Frage habe ich mir im Gremium des Fachhochschulrates erlaubt, die Interessen des Kantons Thurgau etwas selbstbewusster einzubringen und bis heute zu vertreten. Zum Verweis auf die Westschweiz: Alle Regionen haben andere Grundlagen. Die sieben Westschweizer Kantone verfügen in jedem Kanton über einen Hochschulstandort. Dies unterscheidet die Organisation. Deshalb haben diese Kantone ein Konkordat und quasi fast ein interkantoniales Parlament, welches sich um die Belange der Hochschule kümmert. Bei uns ist es ganz anders. Alle Standorte liegen im Kanton St. Gallen. Es geht darum, wie stark sich die umliegenden Kantone weiterhin engagieren. Der Kanton Thurgau ist Mitträger der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Weitere Mitträgerschaften gibt es nicht mehr. Früher war die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften in Zollikofen noch mit dabei. Der Kanton Bern hat diese Hochschule aus ähnlichen Überlegungen integral übernommen. Hier wurde kantonalisiert. Der Kanton Bern wollte integral verantwortlich sein, wenn er einen kohärenten Hochschulraum schafft. Es wurde appelliert, dass die EDK etwas weniger Aktivismus betreiben sollte. Die Akkreditierungsvorschriften basieren auf dem Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz). Dieses Gesetz hat das Bundesparlament erlassen. Seither ist Bundesrat Johann Schneider-Ammann höchster Chef der Hochschulkonferenz. Die Kantone sind dort nebst anderen Gremien dabei. Hier ist für einmal nicht die EDK am Drücker, wenn es darum geht, Akkreditierungsvorgaben zu machen. Die Hochschulpolitik ist Sache des Bundes. Seit Inkrafttreten des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes sind hier neue Vorgaben nötig. Zur Frage der Finanzierung: Im Modell hat der Kanton St. Gallen die so genannte Finanzierung FHV plus festgelegt. Das heisst, dass auf die ordentlichen Vereinbarungsbeträge, welche wir für jeden Studenten bezahlen, ein Pauschalzuschlag pro Kopf erhoben würde, egal, an welcher Fachhochschule das Studium erfolgt. Die Fachhochschule Rapperswil kennt dieses System, seit Zürich dort ausgetreten ist. Wir haben dies hinterfragt, weil wir der Auffassung sind, dass das ständige pro-Kopf-Abrechnen das wirtschaftliche Umfeld und den Standorteinfluss nicht berücksichtigt. Unseres Erachtens müsste es heute andere Elemente und Parameter geben, welche man für eine Mitfinanzierung heranziehen sollte. Die entsprechenden Arbeitsgruppen und der Kanton St. Gallen haben unsere Auffassung nicht geteilt. Daher ist der Bericht nun so vorgesehen,

dass die Finanzierung mit dem Zuschlag erfolgt. Man hat den Kanton Thurgau einfach auf Null gesetzt, damit uns keine Mehrkosten entstehen. Dies würde in einem solchen Modell bedingen, dass die anderen Mitträgerkantone weniger bezahlen müssten als heute. Auch das wird nochmals zu Diskussionen führen. Die Auseinandersetzungen an den Sitzungen finden auf sehr sachlicher und fachlicher Ebene statt. Die verschiedenen Kantone können ihre Anliegen einbringen. Der Kanton Thurgau soll aber nicht als schnurrender Stubenkater wahrgenommen werden. Ich möchte noch erwähnen, dass der Kanton Thurgau im Fachhochschulrat sehr früh einen Antrag gestellt hat, alternative Modelle und das jetzige Modell C gleichwertig und in derselben Tiefe zu überprüfen. Der Antrag wurde mit Verweis auf irgendwelche Gutachten aus anderen Kantonen abgelehnt. Dies hat zum Umstand geführt, dass der Kantonsrat des Kantons St. Gallen seine Erwartungshaltung sehr spät formulierte, was letztlich zu diesem Bericht geführt hat. Der Kanton Thurgau hat auf den Antrag gesetzt, aber er wurde nicht weiter verfolgt. Wie Sie sehen, sind wir schon sehr lange dran. Die Debatte des Kantonsrates des Kantons St. Gallen wird es zeigen, und der Rat wird zu entscheiden haben, in welcher Form der Regierungsrat des Kantons St. Gallen das Geschäft allenfalls anpasst und seine Überlegungen nochmals überprüft oder ob er mit der Vorlage ganz offiziell an die Mitträgerkantone gelangt. Der Prozess wird noch relativ lange dauern, weil grundsätzlich die Zustimmung zu den Vorlagen vorliegen muss. Es ist auch noch nicht geklärt, in welcher Form allfällige Verhandlungen möglich sind. Die Verhandlungsbereitschaft muss seitens des Kantons St. Gallen definiert werden. Ich kann versichern, dass die Haltung des Thurgaus in dieser Frage weiterhin der Beantwortung entspricht. Ich möchte betonen, dass es auch dem Kanton Thurgau wichtig ist, über eine starke Fachhochschul-Landschaft Ostschweiz zu verfügen. Wir sind uns nur nicht ganz einig, auf welchem Weg dieses Ziel zu erreichen ist. Es stellt sich die Frage, ob es grosse Gebilde geben soll oder ob mit zwei Gebilden eine höhere Identifikation und weniger Streufaktoren in der strategischen Führung erfolgen. Hier kann man beide Meinungen vertreten. Die Thurgauer Meinung habe ich bekräftigt.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsidentin: Das Geschäft ist erledigt.